

Geld, Recht und Moral

Wir veröffentlichen nachstehend einen Brief des Genossen Hermann Hentschel, komm. Direktor des Instituts für Staat und Recht, an den Leiter der Hauptabteilung Fern- und Abendstudium. Die Redaktion begrüßt diese offene Stellungnahme und würde sich über weitere Diskussionsbeiträge zu diesem Thema freuen.

An den Direktor der Hauptabteilung Fern- und Abendstudium
Herrn Dr. rer. oec. Schäfer

Sehr geehrter Herr Dr. Schäfer!

Vor einigen Tagen habe ich für Vorlesungsstunden im 1473. und 1474. Seminarskurs XI, Ingenieurökonomie, eine Honorarabrechnung eingereicht, nachdem mir bei Übergabe des Abrechnungsformulars gesagt worden war, daß Vorlesungen im Fernstudium generell und in jedem Falle honoriert werden.

Ich bitte Sie anzudeuten, daß mir dieses Honorar nicht ausbezahlt und meine Rechnung annulliert wird. Auch für die in Kürze bevorstehenden Vorlesungen in weiteren Seminarskursen stehen mir keine Honoraransprüche zu.

Bisher bestand für mich kein spezieller Anlaß, die Vergütungsbestimmungen für Lehrveranstaltungen im Fernstudium nachzulesen, da ich erst seit diesem Jahr als Hochschullehrer tätig bin. Gleichwohl bedrückt es mich sehr, daß meine erste Honorarabrechnung im Widerspruch zum geltenden Hochschulrecht stand. Die Vorschrift des § 1 der 2. DB zur VO über die Vergütung der Hochschullehrer besagt eindeutig:

„Honorare für Vorlesungen, Seminare, Übungen, Konsultationen und Praktika werden im Fernstudium an Hochschullehrer, Oberassistenten und Assistenten, die in einem festen Arbeitsverhältnis mit der betreffenden Universität bzw. Hochschule stehen, nur dann gezahlt, wenn sie diese, entsprechend ihrer Tätigkeit und den gültigen Bestimmungen, auch im Direktstudium erhalten würden. Für die Berechnung der Mehrleistungen werden die Stunden für Vorlesungen, Seminare, Übungen, Konsultationen und Praktika im Fernstudium zu den Stunden für Vorlesungen, Seminare, Übungen, Konsultationen und Praktika im Direktstudium

entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen hinzugezählt.“

Ich will keine großen Worte über die Einheit von sozialistischem Recht und sozialistischer Moral machen, aber muß uns nicht allein schon der Gedanke untragbar sein, daß durch die bisherige, oft der vorzitierten Bestimmung widersprechende Honorierungspraxis unsere Sachbearbeiter im Vergütungs- und Haushaltswesen, die täglich mit den gesetzlichen Bestimmungen zu arbeiten haben, in Gewissenskonflikte und in Zweifel über unsere Rechtsordnung im allgemeinen und über die Rechtmäßigkeit der Handlungsweise einzelner Hochschullehrer geraten?

Die umfassenden, von der objektiven Notwendigkeit der größtmöglichen ökonomischen Stärkung unserer DDR bestimmten Hinweise, die von Magnifizenz der Parteiorganisation der TU und vom Vorsitzenden des Bezirksvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft gegeben und uns alles in der 2. Septemberrunde der „Universitätszeitung“ übermittelt wurden, landen in der Sitzung des Rates der Fakultät für Ingenieurökonomie volle Zustimmung und konkrete Unterstützung.

Ich möchte heute an Ihre Ausführungen, sehr geehrter Kollege Dr. Schäfer, anknüpfen, die ebenfalls in der „Universitätszeitung“ zu lesen waren. Sie machten darauf aufmerksam, daß es im Bereich des Fernstudiums nicht mehr gerechtfertigte Aufwendungen gibt, und appellieren an die Einsicht und Mithilfe der Räte der Fakultäten und der Gewerkschaft.

Mit meinem heutigen Schreiben will ich zum Ausdruck bringen, daß ich Ihnen zustimme, aber Ihre Einschätzung dahingehend erweitern möchte, daß die erwähnten „ungerechtfertigten“ Honorare sich für einen Hochschullehrer von selbst verbieten, weil sie mit dem sozialistischen Recht und der sozialistischen Moral unvereinbar sind. Um dies durchzusetzen, bedarf es meines Erachtens keiner langen Diskussionen und besonderer Mithilfe der Fakultäten.

Ich stimme auch den Ausführungen von Herrn Professor Dr.-Ing. habil. Zill vollinhaltlich zu. Auch für mich sind die

Probleme unserer Plandiskussion zugleich Fragen der sozialistischen Demokratie und des sozialistischen Hochschulrechts. Es kommt einerseits darauf an, daß von allen Mitarbeitern der TU die sozialistische Gesetzmäßigkeit in freiwilliger bewußter Disziplin durchgesetzt und zum anderen überprüft wird, ob bestehende hochschulrechtliche Bestimmungen noch im Einklang stehen mit den objektiven Gesetzmäßigkeiten unserer gesellschaftlichen Entwicklung, mit den ökonomischen Erfordernissen, insbesondere dem Gebot der Sparsamkeit, mit dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und des Bewußtseins der Menschen. Die im Produktionsauftrag stehenden Arbeiter, die auf dem Weg vom Ich zum Wir ein großes Stück vorangeschritten sind, zeigen auch uns, wie wir unsere Republik zu stärken haben.

Dies gilt auch für die von mir aufgeworfene Teilfrage der Honorierung von Lehrveranstaltungen im Fernstudium. Damit niemand mehr unbewußt in die Gefahr gerät, gegen Recht und Moral zu verstoßen, gebe ich anheim, auf den Honorarformularen einen Stempel mit dem Hinweis anzubringen, daß nur unter den o. a. zitierten Bedingungen honoriert werden darf.

Mit sozialistischem Gruß
Hentschel,

komm. Direktor des Instituts für Staat und Recht an der Fakultät für Ingenieurökonomie

Einsparung von Haushaltsmitteln

Plandiskussion im Rat der Forstfakultät

Wir älteren Kollegen erinnern uns noch recht gut der kontaktlosen administrativen Formen der Kürzung von Haushaltsmitteln aller Kontengruppen in früheren Zeiten, wenn die Regierungen es für erforderlich hielten. Daß die Kostenentwicklung der Wissenschaft in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat seit 1945 eine noch höhere Geschwindigkeit erreichte als die Steigerung der materiellen Produktion, ist nicht nur bei einem Vergleich der Haushaltsmittel je Sachkonto, der Planstellen, der Raumkapazitäten und Institutsausrüstungen, der Kennziffern der Volkswirtschaftspläne für Wissenschaft einerseits und für materielle Produktion andererseits, sondern für jedermann offenbar geworden. Der Notwendigkeit, gesündere Proportionen im wissenschaftlichen Kostenbereich für 1963 nach eigenen Vorschlägen herzustellen, konnte sich auch der Rat der Fakultät für Forstwirtschaft Tharandt, in seiner Sitzung am 14. September 1962 nicht verschließen. Er erhob folgende kostensparende Vorschläge zum Beschluß: Der Lehrkörper verzichtet auf die Diplomprüfungsgebühren, auf die Honorierung der ersten zehn Diplomarbeiten je Jahr und Gutachter und auf die Bezahlung der Übungen II, honorarpflichtige Lehraufträge sollen nach Möglichkeit eingespart werden; Professor Dr. Pleiß erklärte sich beispielsweise bereit, die Physikvorlesung zu übernehmen. Für Beschaffungen (Sachkonto 52/53) waren 1962 noch 100 000 DM vorgesehen, 1963 sollen 50 000 DM ausreichen. Von diesem Betrag wird nur ein kleiner Teil auf die Institute umgelegt, der größere Teil verbleibt zur Disposition durch die Fakultät, die größere Anschaffungen nach dem jeweiligen ökonomischen Nützlichkeitsgrad genehmigt. In ähnlicher Weise wird mit den Haushaltsmitteln für Lehr- und Lernmittel (1962: 160 000 DM; 1963: 120 000 DM) verfahren. Auch bei Bücheranschaffungen sollen 2000 DM (18 000 statt 20 000 DM) eingespart werden. Die Institutsdirektoren werden Bestellungen auf größere kostspielige Objekte mit teilweise mehrjähriger Lieferfrist kündigen bzw. zurückziehen und wie oben vorgesehen verfahren.

Professor Dr.-Ing. E. Kienitz,
Direktor des Instituts für Forstökonomie

Bilanz des ersten Tages

Auf den Feldern des Bezirkes Schwerin am 26. September notiert

Angefüllt mit vielen Gedanken, die der Besuch von Walter Ulbricht an der Technischen Universität bei uns hinterlassen hat, führen wir in der Nacht zum 26. September nach Schwerin. 5700 Studenten sind in neun Kreisen dieses Nordbezirkes im Hackfruchternteinsatz. Es gab eine gute Disziplin aller Studenten beim Transport nach Schwerin. Besonders die Studenten der Fakultät Maschinenwesen, die sich nachts 3 Uhr auf dem Hauptbahnhof in Dresden stellen mußten, sind sehr diszipliniert in Güstrow angekommen. Dasselbe kann man leider nicht von den Studenten der Fakultät Elektrotechnik behaupten, die bei ihrer Ankunft in Parchim und Lübz nicht gerade als Repräsentanten unserer Universität auftraten.

Während im Kreis Güstrow in Steinbeck die Studenten Auer und Kunze, MW III/8, am Nachmittag des ersten Einsatztages die gute Leistung von 2,25 Tonnen gesammelter Kartoffeln auf ihr Konto buchen konnten, gab es im Kreis Lübz einige Freunde, die sagten: „Den Korb für 3 Pfennige buddeln wir nicht Kartoffeln!“ Während die einen durch ihre gute Arbeit etwa 5,50 DM verdienen, nahmen die anderen die ihnen gebotene Möglichkeit, sich zum Stipendium noch ein paar Mark hinzuzuverdienen, nicht wahr.

Der Bezirk Schwerin ist zwar immer noch schlüflicht in der Erntetabelle der Nordbezirke doch der Rückstand wurde in den letzten Tagen verringert. Ich glaube, wir können mit Recht sagen, daß unsere Studenten daran wesentlichen Anteil haben. Die durchschnittliche Ernteleistung liegt nach der letzten Auswertung bei vier Tonnen je Student am Tage. Das ist höher als in den Bezirken Rostock, Neubrandenburg und Frankfurt (Oder), wo unsere Jenaer, Berliner und Leipziger Kommilitonen im Einsatz sind. Von den Studenten unserer ABF, die im Kreis Cadebusch arbeiten, hat die Gruppe BT 3 eine richtige Initiative ergriffen, die für alle Beispiel ist. Die Mitglieder der Gruppe BT 3 haben ganze Aggre-

gate während der Arbeit übernommen.

In seinen Begrüßungsworten an den Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Walter Ulbricht, sagte Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. habil. Schwabe am 25. September 1962: „Wir wollen dem Lande so nützlich wie möglich sein!“ – Nach diesem Leitsatz arbeiten viele Gruppen im Bezirk Schwerin. Doch die Arbeitsbegeisterung wird durch eine sehr unterschiedliche und willkürliche Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit an vielen Stellen eingeschränkt. Dort, wo die nationale Bedeutung des diesjährigen Hackfruchternteinsatzes geklärt ist, gibt es gute Leistungen; dort wird es auch die höchsten Leistungsprämien geben. Aber dort, wo nur über die Höhe des Geldverdienens gerechnet wird, bleiben echte Leistungen aus.

Am schlechtesten vorbereitet ist der Einsatz der Studenten der Fakultät Bauwesen. Von 769 gemeldeten Studenten trafen nur 565 im Einsatzkreis Perleberg ein! Wir fragen vor allem die Freunde des 9. Semesters Konstruktiver Ingenieurbau und Architektur, was sie sich gedacht haben, als sie nicht zum Einsatz gefahren sind. Wir stimmen dem Prorektor für Studienangelegenheiten in seiner Meinung zu, daß diese Freunde auf eigene Kosten nachfahren und erwarten zunächst von beiden Gruppen eine öffentliche Stellungnahme. Sie sollten sich ein Beispiel an den guten Leistungen der Gruppen V/6 und III/5 der Fachrichtung Wasserbau nehmen, die am ersten Arbeitstag eine Leistung von 2,1 Tonnen bei nicht besonders günstigen Bedingungen im Durchschnitt erzielten.

Es kommt jetzt darauf an, nach den höchsten Leistungen in der Ernte der Kartoffeln zu streben und überall „einen Zahn zuzulegen“.

So können wir bei der Erfüllung der gegenwärtig gestellten Aufgabe unserer Republik am besten nützlich sein.

P. Seifert, 1. Sekretär der Kreisleitung der FDJ

BERUFUNGEN

Herr Professor Dr.-Ing. habil. Horst Berthold wurde mit Wirkung vom 1. 9. 1962 zum Stellvertreter des Rektors ernannt.

Mit Wirkung vom 1. 9. 1962 wurde Herr Dr. rer. nat. habil. Eberhard Steger zum Professor mit Lehrauftrag für Spektroskopie in der Fakultät N, ernannt.

Herr Dr. rer. oec. Fritz Walter zum Dozenten für Betriebs- und Finanzökonomie in der Fakultät F, ernannt.

Herr Dr. rer. oec. Hermann Uebermuth zum Dozenten für Finanzen der sozialistischen Industrie in der Fakultät I, ernannt.

Herrmann zum Professor mit vollem Lehrauftrag (nebenamtlich) für das Fachgebiet Kernphysikalische Meßtechnik in der Fakultät N, ernannt.

Herr Professor Dr. phil. habil. Ernst Rexer zum Professor mit vollem Lehrauftrag (nebenamtlich) für Spezialgebiete der Physik der Reinstmetalle in der Fakultät N ernannt.

Das Institut für Holz- und Faserwerkstofftechnik wurde nach Übernahme der bisher zum Institut für Betriebswissenschaften und Normung gehörenden Fachrichtung für Plasterverarbeitung umbenannt in „Institut für Holz- und Plasterwerkstofftechnik“.

Unser Feuilleton: „Vorwärts“ im Rückwärtsgang

„Es geht nichts über die Möglichkeit freier Meinungsäußerung“, knurrte der Dackel Dagobert, als er die Katze Käthe in den Schwanz biß. Vorher hatte er Prügel bekommen und treute sich jetzt unbändig, daß auch er noch auf jemand herabzublicken konnte.

Der „Vorwärts“ vom 29. August 1962 regte sich über die Maßregelungen westdeutscher Studentenredakteure und zählte verschiedene derartige Fälle auf: „In neun weiteren Fällen wurden seit 1960 Redaktionen aufgelöst, Redakteure willkürlich entlassen, Ausgaben beschlagnahmt, Artikel überklebt oder Anzeigen entzogen, weil den Herausgebern, den Rektoren, den Finanziers oder politisch einflußreichen Richtungsgruppen an den Hochschulen einzelne Artikel oder Redakteure mißfielen.“

Die „Vorwärts“-Redakteure freuten sich bei dieser Gelegenheit über folgendes:

- a) daß sie nicht Redakteure von Studentenblättern sind. So können sie die betroffenen Kollegen mal ordentlich bedauern;
- b) daß Wehner und Brandt es noch nicht zu Hochschulrektoren gebracht haben, denn sonst dürften sie die Kollegen nicht bedauern;
- c) daß sie selbst keine Professoren sind. Sonst würden die bösen Studenten nämlich scharf gegen sie schießen.

Da das Leben aber widersprüchlich ist, landen die „Vorwärts“-Redakteure auch Grund zum Ärger. Sie ärgerten sich über folgendes:



Zeichnung: Griebel

- a) daß sie nicht Redakteure von Studentenblättern sind. Sie könnten sich sonst wohl schön selbst bedauern;
- b) daß Wehner und Brandt nicht als Hochschulrektoren agieren. Die würden ganz anders durchgreifen – zum Beispiel gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund;
- c) daß sie selbst keine Professoren sind. Wenn schon nicht Besitz – (wie der Deist), dann wenigstens Bildungsbürger (wie der Schmid), Hauptsache: Kein Prolet!

Wer beim „Vorwärts“ ist, will vorwärtskommen. Wer drüben vorwärtskommen will, muß reaktionär sein. Vor einigen Jahren ging die (West-) Deutsche Studentenzeitung ein. Wir lesen: Seitdem „lehrt eben die deutsche Studententzeitung. Auch das sollte nicht so bleiben. Oder muß man erst wieder darauf hinweisen, daß überall im Ausland das Ostberliner „forum“ der FDJ als Stimme der deutschen Studentenschaft vertrieben wird?“

Der Dackel Dagobert warnte seinen Herrn vor allem, was er für gefährlich hält. Fußtritte konnten seinen Pflichterfüller nicht mindern. Er wird bestimmt noch Oberdackel!

Hans-Joachim Braun

Der Vertrauensmann muß Motor sein

Am 20. September 1962 fand an der Fakultät für Maschinenwesen eine Vertrauensleuteversammlung statt, die das Ziel hatte, die Plandiskussion vorzubereiten. Die Versammlung der Vertrauensleute soll Grundlage für die Aussprachen in den Gewerkschaftsgruppen sein.

Im Referat hatte Kollege Werner hierzu eine klare Orientierung gegeben. Er betonte, daß es in der Plandiskussion darauf ankommt, die mit dem Produktionsauftrag an der Fakultät begonnene Bewegung fortzusetzen und alle Angehörigen der Fakultät in sie einzubeziehen. Vorbildlich ist hierfür die Gewerkschaftsgruppe des Instituts für Maschinenlehre und Verarbeitungsmaschinen, wo eine Auswertung der Ergebnisse des Produktionsauftrages zeigte, daß die Erfüllung der Verpflichtungen zur Selbstverständlichkeit für alle Mitarbeiter geworden ist. Mit allen Mitarbeitern der Fakultät muß über diese Probleme gesprochen werden. Das Ziel besteht darin, die sozialistische Umgestaltung des Hochschulwesens fortzuführen und verstärkt zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in unserer Volkswirtschaft beizutragen.

Wir können nicht nach individuellen Bedürfnissen planen, deshalb muß auch an der Technischen Universität strengste Sparsamkeit herrschen, die sich auf alle Gebiete erstrecken muß. So wurde z. B. hervorgehoben, daß am Institut für angewandte Strömungslehre der Direktor, Professor Dr.-Ing. Albring, sich die Genehmigung zum Verbrauch von Material durch die Studenten vorbehält, wodurch

die Erziehung zur Sparsamkeit gefördert wird. Solche guten Erfahrungen müssen jetzt verallgemeinert werden. Ausgehend von der Zielstellung unserer nationalen Politik kommt es jetzt darauf an, die ökonomischen Grundlagen unseres Staates zu festigen, wozu auch die Erhöhung des Nutzeffektes unserer Arbeit beiträgt. Der Gewerkschaftsvertrauensmann muß zum Motor der Plandiskussion werden.

In der Diskussion wurde u. a. die Frage aufgeworfen, ob es richtig ist, daß der Gewerkschaftsvertrauensmann mit seinen Vorschlägen und Anregungen für die Plandiskussion an den Institutsdirektor herantritt. Es wurde unterstrichen, daß das auf jeden Fall zu empfehlen ist. Bei den Herren des Lehrkörpers besteht die Bereitschaft, gemeinsam mit den Gewerkschaftsgruppen die Vorbereitung des Planes 1963 zu beraten. Nur die gemeinsamen Überlegungen und Anstrengungen aller Fakultätsangehörigen sichern den Erfolg.

Kollege Dr. Schneider von der Universitätsgewerkschaftsleitung wies in diesem Zusammenhang besonders darauf hin, daß die Gruppenversammlungen der Gewerkschaft auch zur Vorbereitung der wissenschaftlich-ökonomischen Konferenzen an den Fakultäten beitragen müßten.

Kritisch ist zu dieser Versammlung einzuschätzen, daß sie im wesentlichen informativen Charakter hatte. Es kam zu keiner gründlichen Diskussion der aufgeworfenen Probleme. Es muß auch gesagt werden, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsvertrauensleute der Fakultät nicht anwesend war.

Ba.



Genosse Walter Ulbricht besichtigte auch das Institut für Maschinelle Rechenarbeit. Lesen Sie dazu unser Interview mit Prof. Dr.-Ing. habil. Lehmann in der folgenden Ausgabe des „Vorwärts“.